



Rat der  
Europäischen Union

077984/EU XXV.GP  
Eingelangt am 28/09/15

Brüssel, den 20. Juli 2015  
(OR. en)

10171/1/15  
REV 1

PV/CONS 35  
SOC 425  
EMPL 277  
SAN 192  
CONSOM 113

## ENTWURF EINES PROTOKOLLS

---

Betr.: **3398.** Tagung des Rates der Europäischen Union (**BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ**) vom 18. und 19. Juni 2015 in Luxemburg

---

## INHALT

Seite

1. Annahme der vorläufigen Tagesordnung ..... 3

### BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALPOLITIK

#### **NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN**

2. Europäisches Semester 2015: Beitrag für den Europäischen Rat  
(Tagung in Brüssel am 25./26. Juni 2015) ..... 3
3. Vorschlag für einen Beschluss des Rates zu Leitlinien für beschäftigungspolitische  
Maßnahmen der Mitgliedstaaten ..... 5
4. Jugendbeschäftigung ..... 5
- a) Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 3/2015 des  
Europäischen Rechnungshofs "EU-Jugendgarantie: Der Anfang ist gemacht, doch sind  
Umsetzungsrisiken absehbar"
- b) Sachstand in Bezug auf die Umsetzung von Maßnahmen der EU
5. Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zu gleichen Einkommenschancen für Frauen und  
Männer: Abbau des geschlechtsbedingten Rentengefälles..... 5

#### **BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE**

6. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährleistung  
einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht  
geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und  
über damit zusammenhängende Maßnahmen [erste Lesung]..... 6
7. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der  
Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des  
Alters oder der sexuellen Ausrichtung ..... 6
8. Sonstiges..... 6

### GESUNDHEIT

9. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über  
Medizinprodukte und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG)  
Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 [erste Lesung] ..... 8
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über In-vitro-  
Diagnostika [erste Lesung]
10. Sonstiges..... 9

- ANLAGE – Erklärungen für das Ratsprotokoll..... 10

\*

\*                      \*

## 1. Annahme der Tagesordnung

9748/15 OJ/CONS 35 SOC 412 EMPL 268 SAN 174 CONSOM 106

Der Rat nahm die vorgenannte Tagesordnung an. Auf Antrag der spanischen Delegation kam der Rat überein, einen weiteren Tagesordnungspunkt betreffend einen Fall von Diphtherie in Spanien hinzuzufügen.

## NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

*(Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates [Vorschlag des Vorsitzes] für die Punkte 2 bis 5)*

### BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALPOLITIK

## 2. Europäisches Semester 2015: Beitrag für den Europäischen Rat (Tagung in Brüssel am 25./26. Juni 2015)

– Orientierungsaussprache

9304/15 SOC 372 EMPL 244 ECOFIN 409 EDUC 189

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters. Die Minister orientierte sich in ihrer Aussprache an den vom Vorsitz in seinem Vermerk (Dok. 9304/15) formulierten Fragen. Sie stellten fest, dass sich die wirtschaftliche Lage in der EU verbessert hat, die Erholung aber noch nicht stabil und weiterhin unterschiedlich ausgeprägt ist. Dies ist für den Bereich Beschäftigung und Soziales von besonderer Bedeutung, da die wirtschaftliche Erholung bislang nicht mit einer deutlichen Verbesserung der Beschäftigungslage und der sozialen Lage in der EU einhergegangen ist. Eine gestärkte Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) erfordert eine erhöhte Aufmerksamkeit für beschäftigungs- und sozialpolitische Erwägungen, damit die Stabilität des Euro-Raums gewährleistet werden kann. Die Minister bekräftigten, dass beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekte im Entscheidungsbereich des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) verbleiben und nicht systematisch Teil des MIP-Prozesses werden sollten.

Auch wenn die Umsetzung nun im Mittelpunkt stehen muss, sollte den Mitgliedstaaten genügend Spielraum bleiben, entsprechend ihrer jeweiligen nationalen Gegebenheiten und Prioritäten zu entscheiden, welche politischen Maßnahmen für sie am wichtigsten sind. Was den Prozess betrifft, so begrüßten die Minister die verbesserte Vorbereitung und Organisation des Europäischen Semesters in diesem Jahr, die eine bessere Vorbereitung auf einzelstaatlicher Ebene ermöglicht hat.

a) **Entwurf der an jeden Mitgliedstaat gerichteten Empfehlungen des Rates zu den nationalen Reformprogrammen für 2015 und Entwurf der zugehörigen Erläuterung**

– Billigung

9224/15 ECOFIN 376 UEM 171 SOC 339 EMPL 213 COMPET 250 ENV 332  
EDUC 158 RECH 149 ENER 190 JAI 354

9229/1/15 UEM 172 ECOFIN 377 SOC 340 COMPET 251 ENV 333 EDUC 159  
RECH 150 ENER 191 JAI 355 EMPL 214 REV 1

9305/1/15 UEM 201 ECOFIN 410 SOC 373 COMPET 282 ENV 370 EDUC 190  
RECH 178 ENER 225 JAI 384 EMPL 245 REV 1

9306/15 UEM 202 ECOFIN 411 SOC 374 COMPET 283 ENV 371 EDUC 191  
RECH 179 ENER 226 JAI 386 EMPL 246

Der Rat billigte die beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekte der Empfehlungen (Dok. 9229/1/15 REV 2) sowie das Begleitdokument mit den Erläuterungen (Dok. 9305/1/15 REV 1).

HU wünschte eine Änderung seiner länderspezifischen Empfehlung 4 und eine Abstimmung nach Artikel 3 Absatz 2 des Protokolls Nr. 36 über die Übergangsbestimmungen, so dass die qualifizierte Mehrheit nach Absatz 3 dieses Artikels Anwendung finden würde. Da die erforderliche Unterstützung nicht zustande kam, lehnte der Rat die Änderung der Empfehlung ab.

b) **Bewertung der länderspezifischen Empfehlungen für 2015 und der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen für 2014**

– Billigung der Stellungnahmen des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz

9311/15 SOC 377 EMPL 249 ECOFIN 414 EDUC 194 SAN 187

Der Rat billigte die im obengenannten Dokument enthaltenen Stellungnahmen des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz.

c) **Anzeiger für die Leistungen im Beschäftigungsbereich und Leistungsvergleichswerte**

– Billigung des Berichts des Beschäftigungsausschusses

9307/15 SOC 375 EMPL 247 ECOFIN 412 EDUC 192

Der Rat billigte den im obengenannten Dokument enthaltenen, vom Beschäftigungsausschuss erstellten Anzeiger.

### 3. **Vorschlag für einen Beschluss des Rates zu Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten**

- Allgemeine Ausrichtung  
6144/15 SOC 70 EMPL 31 ECOFIN 97 EDUC 28 JEUN 21  
+ ADD 1  
9632/15 SOC 408 EMPL 265 ECOFIN 449 EDUC 206 JEUN 48

Der Rat gelangte zu einer allgemeinen Ausrichtung über die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen (Dok. 9632/15).

Die allgemeine Ausrichtung wird überprüft werden, sobald alle nach Artikel 148 Absatz 2 des Vertrags erforderlichen Stellungnahmen vorliegen.

### 4. **Jugendbeschäftigung**

#### a) **Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 3/2015 des Europäischen Rechnungshofs "EU-Jugendgarantie: Der Anfang ist gemacht, doch sind Umsetzungsrisiken absehbar"**

- Annahme  
9300/15 FIN 390 SOC 369 EMPL 242 ECOFIN 407 EDUC 187 JEUN 43  
REGIO 42

Der Rat nahm die in Dokument 9300/15 enthaltenen Schlussfolgerungen des Rates an.

Die endgültige Fassung der Schlussfolgerungen ist in Dokument 10104/15 enthalten.

#### b) **Sachstand in Bezug auf die Umsetzung von Maßnahmen der EU**

- Vorstellung durch die Kommission  
9301/15 SOC 370 EMPL 243 ECOFIN 408 EDUC 188 JEUN 44

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der Kommission (Dok. 9301/15).

### 5. **Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zu gleichen Einkommenschancen für Frauen und Männer: Abbau des geschlechtsbedingten Rentengefälles**

- Annahme  
9302/15 SOC 371 GENDER 7 PENS 4  
+ REV 1 (lv)

Der Rat nahm die in Dokument 9302/15 enthaltenen Schlussfolgerungen an. Die endgültige Fassung der Schlussfolgerungen ist in Dokument 10081/15 enthalten.

## **BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE**

*(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)*

6. **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen** [erste Lesung]

*(von der Kommission vorgeschlagene Rechtsgrundlage: Artikel 157 Absatz 3 AEUV  
Interinstitutionelles Dossier: 2012/0299 (COD))*

– Sachstandsbericht

16433/12 SOC 943 ECOFIN 708 DRS 130 CODEC 2724

9020/1/15 SOC 331 GENDER 6 ECOFIN 367 DRS 40 CODEC 741 REV 1

+ REV 1 COR 1 (el)

Der Rat nahm Kenntnis von dem Sachstandsbericht des Vorsitzes (Dok. 9020/1/15 REV 1+ REV 1 COR 1).

7. **Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung**

*Interinstitutionelles Dossier: 2008/0140 (CNS)*

– Sachstandsbericht

11531/08 SOC 411 JAI 368 MI 246

9011/1/15 SOC 330 ANTIDISCRIM 6 JAI 338 MI 326 FREMP 114 REV 1

Der Rat nahm Kenntnis von dem Sachstandsbericht des Vorsitzes (Dok. 9011/1/15).

8. **Sonstiges**

a) **Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge**

*(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)*

– Informationen des Vorsitzes

Der Vorsitz informierte den Rat über die Ergebnisse, die unter lettischem Vorsitz bei mehreren Dossiers erzielt worden sind, und den jeweiligen Sachstand.

**b) Bericht über die Umsetzung des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma 2015**

- Informationen der Kommission  
9551/15 SOC 392 EMPL 254 ANTIDISCRIM 7 JAI 418 EDUC 200 FREMP 132  
COHOM 54 GENDER 8

Der Rat nahm die Informationen der Kommission (Dok. 9551/15) zur Kenntnis.

**c) Bericht über die Anwendung der Übergangsregelungen für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus Kroatien und dazugehöriges Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen**

- Informationen der Kommission  
9631/15 SOC 407 MI 377 EDUC 205 ECOFIN 448 JEUN 47 JAI 428 ETS 4

Der Rat nahm die Informationen der Kommission (Dok. 9631/15) zur Kenntnis.

**d) Ergebnis der vom lettischen Vorsitz organisierten Konferenzen**

- Informationen des Vorsitzes  
9308/15 SOC 376 EMPL 248

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes zur Kenntnis.

**e) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes**

- Informationen der luxemburgischen Delegation

Der Rat nahm die Informationen des künftigen Vorsitzes zu seinem Arbeitsprogramm zur Kenntnis.

**BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE**

*(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)*

9. **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Medizinprodukte und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 [erste Lesung]**

*(von der Kommission vorgeschlagene Rechtsgrundlage: Artikel 114 und Artikel 168 Absatz 4 Buchstabe c (AEUV)*

*Interinstitutionelles Dossier: 2012/0266 (COD)*

und

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über In-vitro-Diagnostika [erste Lesung]**

*(von der Kommission vorgeschlagene Rechtsgrundlage: Artikel 114 und Artikel 168 Absatz 4 Buchstabe c (AEUV)*

*Interinstitutionelles Dossier: 2012/0267 (COD)*

– Partielle allgemeine Ausrichtung (●)

14493/12 PHARM 71 SAN 215 MI 597 COMPET 600 CODEC 2305

14499/12 PHARM 72 SAN 216 MI 598 COMPET 599 CODEC 2312

9773/15 PHARM 28 SAN 178 MI 393 COMPET 306 CODEC 860

9769/15 PHARM 26 SAN 176 MI 391 COMPET 304 CODEC 858

+ ADD 1

9770/15 PHARM 27 SAN 177 MI 392 COMPET 305 CODEC 859

+ ADD 1

Der Rat

– gelangte zu einer partiellen allgemeinen Ausrichtung über den in Dokument 9769/15 + ADD 1 enthaltenen Entwurf einer Verordnung über Medizinprodukte (mit Ausnahme der Erwägungsgründe),

– vereinbarte eine sprachliche Ausnahmeregelung für den Entwurf einer Verordnung über In-vitro-Diagnostika und erzielte eine partielle allgemeine Ausrichtung über den in Dokument 9770/15 + ADD 1 enthaltenen Verordnungsentwurf (mit Ausnahme der Erwägungsgründe),

und

– beauftragte seine Vorbereitungsgruppen, die Erwägungsgründe zu überarbeiten und die verfügbaren Teile auf technische Inkohärenzen zu prüfen, um vollständige allgemeine Ausrichtungen zu den beiden Verordnungsentwürfen zu erstellen.



## 10. Sonstiges

a) **Ein neuer Rahmen für die Alkoholpolitik der EU**

- Informationen der slowenischen Delegation  
9286/15 SAN 160

Der Rat nahm die Informationen der slowenischen Delegation zu diesem Punkt sowie die Bemerkungen von 20 Delegationen, die ihre Unterstützung bekundeten, zur Kenntnis.

b) **Bedeutung der Gesundheitsdimension der Europäischen Agenda für Migration**

- Informationen der zyprischen, der griechischen, der italienischen und der maltesischen Delegation  
9479/15 SAN 165 MIGR 31 SOC 382 DEVGEN 88

Der Rat nahm die Informationen der Delegationen Zyperns, Griechenlands, Italiens und Maltas sowie die Bemerkungen weiterer Delegationen zur Kenntnis.

c) **Ein Fall von Diphtherie in Spanien**

- Informationen der spanischen Delegation

Der Rat nahm die Informationen der spanischen Delegation zur Kenntnis.

d) **Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes**

- Informationen der luxemburgischen Delegation

Der Rat nahm die Informationen des künftigen Vorsitzes zu seinem Arbeitsprogramm zur Kenntnis.

\*\*\*\*\*

ERKLÄRUNGEN FÜR DAS RATSPROTOKOLL

**Zu B-Punkt 2:      Europäisches Semester 2015: Beitrag zur Tagung des Europäischen Rates (Brüssel, 25./26. Juni 2015)**

**a)      Entwurf der an jeden Mitgliedstaat gerichteten Empfehlungen des Rates zu den nationalen Reformprogrammen für 2015 und Entwurf der zugehörigen Erläuterung**

**EINSEITIGE ERKLÄRUNG UNGARNS**

"Ungarn sieht sich veranlasst, einigen Feststellungen und zwei Forderungen in den länder-spezifischen Empfehlungen für Ungarn entgegenzutreten. Die Einwände beziehen sich in erster Linie auf die Empfehlungen zu in Zahlen festgelegten Haushaltskorrekturen und zu Neu-zuweisungen von Haushaltsmitteln bei der Regelung für öffentliche Arbeiten.

Ungarn äußert seine Vorbehalte gegenüber der makroökonomischen Bewertung der Kommission, da die Verbesserung der zugrunde liegenden Wirtschaftsparemeter Ungarns (etwa stabiles BIP-Wachstum, steigende Unternehmensinvestitionen, Beschäftigungswachstum im Unternehmens-sektor usw.) darin nicht anerkannt wird.

Ungarn bekräftigt seine nach wie vor gültige Zusage, die auf Stabilität und nachhaltigem Wachstum beruhende Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die offensichtlich ermutigende Ergebnisse hervor-gebracht hat, da Ungarn 2014 das zweitgrößte Wachstum unter den EU-Mitgliedstaaten verzeichnet hat und gleichzeitig in der Lage war, seinen öffentlichen Schuldenstand zu verringern und das Haushaltsdefizit dauerhaft deutlich unter 3 % zu halten.

Die ungarische Regierung bekräftigt ihre Entschlossenheit, die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumpakts uneingeschränkt einzuhalten, ist jedoch der Auffassung, dass die Vorgabe konkreter Zahlen für spezifische Haushaltskorrekturen nicht angebracht ist. Ungarn verweist darauf, dass die empfohlenen Zahlen weder mit der Erklärung in der Einleitung noch mit der Erfolgsbilanz in Bezug auf die Prognosen der Kommission über makroökonomische Zahlen einschließlich des in Ungarn prognostizierten Wachstums übereinstimmen<sup>1</sup>.

---

1

GDP growth, %	2013	2014
factual	1,5	3,6
COM spring <sup>(1)</sup> and winter <sup>(2)</sup> forecast	0,2 <sup>(1)</sup> 0,7 <sup>(2)</sup>	2,3 <sup>(1)</sup> 3,2 <sup>(2)</sup>

Ungarn kann der Empfehlung über die Neuzuweisung von Haushaltsmitteln in Bezug auf die Regelung für öffentliche Arbeiten nicht zustimmen. In ihrer Bewertung der Regelung für öffentliche Arbeiten erkennt die Kommission nicht an, wie wichtig deren Rolle als Instrument der Sozialpolitik und Maßnahme im Rahmen einer integrativen regionalen Entwicklung ist, und vermittelt den Eindruck, als würden aktive Arbeitsmarktmaßnahmen in Ungarn fehlen. Um den Übergang von öffentlichen Arbeiten zum ersten Arbeitsmarkt zu verbessern, ist die ungarische Regierung jedoch entschlossen, die Zielgerichtetheit der Regelung für öffentliche Arbeiten zu verbessern und aktive Arbeitsmarktmaßnahmen zu verstärken, um Arbeitssuchenden zu helfen, eine neue Beschäftigung zu finden.

Ungarn wird die länderspezifischen Empfehlungen akzeptieren können, die fundiert sind, auf einer korrekten und ausgewogenen Bewertung sowie echten Daten beruhen, die politischen Ziele festlegen und Spielraum lassen, auf einzelstaatlicher Ebene die geeigneten Maßnahmen zum Erreichen der vereinbarten Ziele auszuwählen."

---